

AUGUSTIN

3€
davon
1,50 für den:die
Verkäufer:in

Registrierte
Verkäufer:innen
tragen
sichtbar einen
Augustin-Ausweis

NUMMER 573 26. 4. - 9. 5. 2023



**Augustin-Filmabend:
«Europa Passage»**

Seite 18

**Festival der Chöre: Schimpf,
Schande, Gesang**

Seite 20



Obdach für alle!

Vor zwei Jahren beschlossen die EU-Mitgliedstaaten, Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden. Was hat sich seither in Deutschland und in Österreich getan?

TEXT & FOTO: ANNE BROCKMANN

Am 21. Juni 2021 trat Nicolas Schmit in Lissabon für eine Erklärung vor die Mikrofone. Der EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte gab bekannt, dass sich die 27 Mitgliedstaaten zu konkreten Schritten verpflichtet hätten, um bis 2030 die Obdachlosigkeit in der Staatengemeinschaft abzuschaffen. In Stuttgart bekommt Eddie von all dem nichts mit. Wie auch?! Er hat kein Handy, kein Radio, keinen Fernseher – nichts, was ihm das Weltgeschehen nahebringen könnte. Eddie, der in Wirklichkeit anders heißt, ist 38 Jahre alt und lebt seit 20 Jahren auf der Straße. An diesem heißen schwülen Tag müsste er eigentlich viel mehr trinken, aber dann bräuchte er auch häufiger eine Toilette. Toiletten sind rar und teuer in der Stuttgarter Innenstadt. Außerdem muss Eddie schauen, dass die Sachen in seinen Tüten nicht nass werden.

2021 haben europaweit jede Nacht rund 700.000 Menschen auf der Straße geschlafen. Das waren 70 Prozent mehr als noch zehn Jahre zuvor. Zu den Unterzeichner:innen der Erklärung von Lissabon über die Europäische Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit zählen als EU-Mitgliedstaaten auch Deutschland und Österreich.

Deutschland. Die Ampel-Regierung in Deutschland aus SPD, Grünen und FDP hat das Ziel, bis 2030 Obdachlosigkeit abzuschaffen, in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen und darin proklamiert, einen Nationalen Aktionsplan dafür aufzulegen. Dieser lässt bis dato auf sich warten, soll aber im Laufe dieses Jahres erarbeitet und verabschiedet werden. Zum Ende des vergangenen Jahres hat die deutsche Bundesregierung immerhin den versprochenen ersten Wohnungslosenbericht vorgelegt. Zum 31. Januar 2022 waren in Deutschland 263.000 Menschen wohnungslos, etwa 7.000 mehr als im Jahr davor, wobei es sich hier um eine Schätzung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe handelt. Ein aktueller Wohnungslosenbericht soll fortan alle zwei Jahre erscheinen.

Über erste Ideen, die sich auch im Nationalen Aktionsplan wiederfinden dürften, wurde in Deutschland schon viel diskutiert. Zuallererst ist da sicherlich der Wohnungsbau zu nennen. In Deutschland sollen jährlich 400.000 neue Wohnungen entstehen, wovon 100.000 Sozialwohnungen sein sollen. Die Redaktion des Hamburger Straßenmagazins *Hinz&Kunzt* hält diese Zahlen angesichts der Rohstoffknappheit und des Fachkräftemangels sowie des Ukraine-Krieges für nicht haltbar und hat die Bauministerin mit ihren Zweifeln konfrontiert. Geywitz erwiderte darauf, dass die Zahlen schlicht und ergreifend den «tatsächlichen Bedarf» widerspiegeln. Wie wieder mehr Wohnungen in den Besitz der öffentlichen Hand gelangen können, um den Mietwucher einzudämmen, mit dieser Frage hat die Bundesregierung eine Berliner Expert:innenkommission beauftragt. Auch Enteignungen von Wohnungsunternehmen werden dabei geprüft. Neben Ideen für neuen Wohnraum soll der Nationale Aktionsplan vor allem Ansätze für die Prävention von Obdachlosigkeit enthalten, diesen sollen Kommunen, Länder und Träger der Wohnungslosenhilfe gemeinsam erarbeiten.

Österreich. Während man in Deutschland überwiegend Fragen, aber noch keine Lösungen hat, steht man in Österreich vor noch größeren Schwierigkeiten. Anders als in Deutschland gibt es weder in der österreichischen Verfassung noch im Bundesgesetz eine Rechtsgrundlage für die Bereitstellung von Wohnungslosenhilfe. Auch aufgeschlüsselte Daten, wie sie im Nachbarland seit Neuestem durch den Wohnungslosenbericht zur Verfügung stehen, fehlen. Klar ist nur: Wohnungslosenhilfe funktioniert überall in Österreich anders. In einem ausführlichen aktuellen Bericht von Amnesty International heißt es: «Aufgrund regionaler Unterschiede und historischer Entwicklungen ist die Wohnungslosenhilfe in Österreich nicht einheitlich geregelt, sondern unterscheidet sich je nach Bundesland sowie innerhalb der einzelnen Bundesländer».

Ein gesetzliches Kauderwelsch also. Allen gemeinsam ist nur eine harte Wirklichkeit: Wer in einem Bundesland keinen Anspruch auf Sozialhilfe hat, ist auch vom Zugang zur Wohnungslosenhilfe in diesem Bundesland ausgeschlossen. Sozialhilfeberechtigten sind nur Betroffene, die ihren aktuellen Wohnsitz im jeweiligen Bundesland gehabt haben, bevor sie wohnungs- oder obdachlos geworden sind. Außerdem müssen sie die österreichische Staatsangehörigkeit oder einen gleichwertigen Status besitzen, um Zugang zur Wohnungslosenhilfe im jeweiligen Bundesland zu bekommen, sowie sich in einer sozialen Notlage befinden und bereit sein, diese zu überwinden, zum Beispiel durch Arbeit. Denen, die diese Vorgaben nicht erfüllen, stehen lediglich die sogenannten Winterpakete offen – rein humanitäre Maßnahmen, die sicherstellen, dass in den kältesten Monaten des Jahres niemand im Freien übernachten muss.

Der Wohnungsmarkt in Österreich gilt als ähnlich angespannt wie in Deutschland. Noch dazu wartet er aber mit befristeten Mietverträgen auf, die hierzulande mittlerweile zur Norm geworden sind.

Finnland. Aus österreichischer Sicht scheint ein Blick nach Deutschland also durchaus lohnenswert, wenn es um die Frage der Bekämpfung von Obdachlosigkeit geht. In Deutschland schaut man gern noch weiter in den Norden – nach Finnland nämlich. Denn mit Housing First, einem Programm des finnischen Staates, hat das Land seine Obdachlosigkeit mehr als halbiert – von 8.260 im Jahr 2008 auf 3.686 im Jahr 2022. Das Vorgehen? Stiftungen kaufen oder bauen Wohnraum und stellen diesen zur Verfügung. Obdachlose Menschen sind Mieter:innen der Wohnung, die Miete bezahlt der Staat. Sozialleistungen wie medizinische und psychologische Betreuung und Unterstützung bei Behördengängen werden angeboten, sind aber freiwillig in Anspruch zu nehmen und nicht etwa Voraussetzung, um die Wohnung behalten zu können.

Eddie in Stuttgart weiß von all dem wahrscheinlich auch heute noch nichts und hat aktuell vermutlich ganz andere Sorgen. ■

Rückzug, Ruhe, Raum

In seinem Roman *Der Sandler* schildert Markus Ostermair spannungsvoll die Probleme, die das Leben in der Obdachlosigkeit mit sich bringt. Am 11. Mai ist der deutsche Autor für eine Lesung in Wien.

INTERVIEW: ALBAN KNECHT & PHILIPP CATTERFELD

Was uns gut an deinem Roman *«Der Sandler»* gefallen hat, ist diese *Innenperspektive der Obdachlosen, das dieses Immer-Ausgeliefertsein so gut rüberbringt. Selbst als Karl, die Hauptfigur, eine Wohnung bekommt, geht dieses Ausgeliefertsein weiter, weil es keine offizielle Wohnung ist.*

Markus Ostermair: Es durfte gar nicht so sein, dass er zur Ruhe kommt. Denn das ist es ja, was meiner Meinung nach Obdachlosigkeit auszeichnet: keinen Raum, keine Verfügungsgewalt über irgendeinen Raum zu haben. Auch in Räumen, die für Obdachlose da sind, also in Wärmestuben, der Bahnhofsmission und so weiter. Wenn man sich da an einen Tisch setzt, gehört einem der Tisch ja nicht. Jeder freie Platz muss besetzt werden dürfen. Wenn einer kommt, mit dem man nicht grün ist, dann muss man wählen, entweder Konfrontation oder Rückzug. In beiden Fällen verliert man den Platz. Konfrontation ist nicht erlaubt. Die meisten gehen dann einfach. Dieser Rückzug, diese Möglichkeit, diese Freiheit besteht immer. Aber es ist eine Freiheit, die überhaupt nichts mit Sicherheit und überhaupt nichts mit Bestimmungsgewalt über die eigene Sphäre zu tun hat, weil man draußen immer den Blicken und Zuschreibungen der anderen ausgeliefert ist.

Und das ist wirklich so schlimm?

Ja. Wir als Obdachhabende kommen gar nicht auf die Idee, wie tief unser Normalzustand geht und wie sicher dieser Zustand uns unseren Alltag gestalten lässt. Wir können immer, wenn es stressig ist oder wenn wir keinen Bock auf irgendwen haben, die Tür zumachen und wieder zur Ruhe kommen. Wir haben einen Raum, wo wir unbeobachtet sein können und unser gesamter

Besitz in Sicherheit ist. Aber wenn man das monate- oder jahrelang nicht hat, dann macht das etwas mit einem. Nirgendwo kann man sich fallenlassen, nirgendwo seine Batterien wieder aufladen. Und Housing First wäre dann der Ansatz, dass sich diese psychischen Belastungen gar nicht entwickeln können.

Housing First verstehst du jetzt als eine ziemlich schnelle Intervention?

Ja, damit langfristige, sich verfestigende Obdachlosigkeit einfach nicht mehr entstehen kann. Ich habe von Menschen gehört, die eine eigene Wohnung bekommen haben und die dann auf dem Boden geschlafen haben. Aus Angst, dass sie die Wohnung wieder verlieren könnten. Sie wollen sich nicht an sie gewöhnen. Also die Vorstellung: Da ist eine standhafte Mauer und da ist eine Tür, über die ich verfüge – das ist Leuten mit einer langen Obdachlosen-Biografie verloren gegangen. Obdachlosigkeit ist ein extremer psychischer Ausnahmezustand: Je länger er andauert, desto verheerender ist er.

*Markus Ostermair liest aus seinem Roman *«Der Sandler»*. Im Anschluss findet eine Diskussion zu Obdachlosigkeit und Housing First statt, mit Martin Schenk (Armutskonferenz), Hedy Spanner (Aktivistin) und Emine Özkan (BAWO), moderiert von Alban Knecht (Universität Klagenfurt).*



11. Mai, 18 Uhr
Bezirksmuseum Josefstadt,
8., Schmidgasse 18
Eintritt gratis, Anmeldung unter
anmeldung@ash-forum.at

Markus Ostermair: *Der Sandler*
Osburg 2020
350 Seiten, 20 Euro

«Wohnen muss leistbar sein»

Wohnungslosigkeit beenden – gern, aber wie? Ein Gespräch mit Alexander Machatschke von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe.

INTERVIEW: LISA BOLYOS
FOTO: CAROLINA FRANK

Obdach- und Wohnungslosigkeit beenden? Das klingt radikal und fantastisch.

Alexander Machatschke: Tatsächlich ist das eine visionäre Idee. Es gibt dabei viele verschiedene Facetten: Erstens die grundsätzliche Idee, es soll niemand eine Wohnung verlieren, der eine hat. Das zweite Problem, das man lösen muss, ist, dass ganz viele Menschen den Einstieg in den Wohnungsmarkt gar nicht schaffen. Wir reden von Menschen, die von zu Hause ausziehen, an der Schwelle zum Erwachsenwerden, und denen es nicht möglich ist, ihre Wohnung zu verlieren, weil sie gar keine haben. Und drittens stellt sich die Frage: Wenn es zu einem Wohnungsverlust kommt, was kann man machen? Eine Antwort ist Housing First. Weg von einer institutionellen Unterbringung hin zu einer Wohnung, in der die Menschen mit eigenem Mietvertrag wohnen und Betreuung auf freiwilliger Basis angeboten wird. Es gibt nicht das eine Allheilmittel, sondern viele verschiedene Ansätze, die zu einer Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit führen können.

Obdachlosigkeit ist kein neues Problem. Warum ist sie gerade jetzt Thema?

Ich habe eine Mutmaßung: Die Krise des Wohnens ist in der Mittelschicht angekommen und die Politik hat erkannt, da müssen wir mehr machen als bisher. Davor war eine marginalisierte Gruppe ohne große Lobby betroffen, da konnte man länger zuschauen ohne zu reagieren.

Bis wann soll es so weit sein, dass niemand mehr obdachlos ist?

In der EU gibt es das Bestreben, Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 zu beenden. Das ist ein Vorschlag der *European Platform on Combatting Homelessness*.

Eine sportliche Ansage, aber alle Mitgliedsstaaten haben die Deklaration unterschrieben. Wie immer gibt es einen Haken: Wer es nicht schafft, schafft es eben nicht, ohne Sanktionen.

Es gibt immer wieder neue Obdachlose. Wie kann man sich eine Beendigung der Obdachlosigkeit nachhaltig vorstellen?

Dass wir gar keine Wohnungs- und Obdachlosigkeit haben, ist utopisch. Aber wir können es schaffen, Aufenthalte in jeglicher Art von Notunterbringung so kurz wie möglich zu halten.

Wer ist in Österreich dazu verpflichtet, die Deklaration umzusetzen?

Die Verpflichtung hat der damalige Sozialminister Mückstein unterschrieben, also der Bund. Das Sozial- und Wohnungswesen ist in Österreich aber Ländersache und man weiß, die Länder sind heikel, wenn ihnen der Bund was vorschreiben will.

«Es gibt einen richtigen Eigentumsfetisch. Das besitze ich, damit kann ich machen, was ich will. Sehr problematisch»

Wird das Ziel bis 2030 erreicht?

Ob es möglich sein wird, alle Bundesländer, die in der Wohnungslosenhilfe sehr unterschiedlich aufgestellt sind, bis 2030 so auf Schiene zu bringen, dass wir das Ziel erreichen, wage ich zu bezweifeln. Wenn aber die Verpflichtung dazu führt, dass in den Bundesländern klar wird, wie wichtig das Thema ist und wie grundsätzlich einfach es wäre, den Menschen zu helfen, dann bin ich optimistisch, dass wir zumindest die Zahlen massiv verringern könnten.

Für Österreich hatten wir als Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO) die Idee, es schon bis 2025 zu schaffen. 2020 haben wir versucht zu erheben, wie viele Wohnungen es dazu braucht, und

sind in Rücksprache mit den Bundesländern und den gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen zu dem Schluss gekommen, dass wir das mit 25.000 Wohnungen in fünf Jahren schaffen. Dann kam Corona und hat doch einiges durcheinandergewirbelt.

Corona hatte massive Auswirkungen auf die Leistbarkeit von Wohnen.

Ja, infolge von Corona ist die Gefährdungslage, dass Menschen ihre Wohnungen verlieren, stark gestiegen. Wir haben als BAWO mit Förderung durch das Sozialministerium ein zweijähriges Projekt mit dem Namen «Zuhause ankommen» gemacht. Ziel des Projekts war, in Zusammenarbeit mit dem Verband gemeinnütziger Wohnbauträger und seiner Mitglieder gemeinnützigen Wohnbau für Menschen zur Verfügung zu stellen, um Wohnungslosigkeit zu beenden oder vorzubeugen. Und auch Überzeugungsarbeit bei gemeinnützigen Wohnbauträgern zu leisten, dass man vormals wohnungslosen Leuten ohne Bedenken Mietverträge geben kann. Der Bund hat die Einstiegskosten übernommen und bekommt sie im Falle eines Auszugs abzüglich der jährlichen Abschreibung zurück. Die Projektpartner:innen sind Sozialorganisationen in den Bundesländern, die schon mit dem Housing-First-Ansatz gearbeitet haben. Über diese Organisationen konnten die Menschen andocken, es wurde geklärt, welche Wohnung passend ist, und es gab auch die Möglichkeit, Übersiedlungskosten zu übernehmen. Die Mieter:innen müssen nichts bezahlen außer der laufenden Miete. Der einzige Haken: Man braucht ein regelmäßiges Einkommen. Egal welches, es kann auch Sozialhilfe oder Mindestsicherung sein, aber es muss regelmäßig sein. Da fallen manche Leute raus.

«Zuhause ankommen» wird Ende April abgeschlossen. Was ist dein Resümee?

Wir haben gelernt, dass die meisten gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen

kein Problem damit haben, ehemalige Obdach- oder Wohnungslose unterzubringen und ihnen eigene Mietverträge zu geben, wenn sie sehen, ein Betreuungsangebot besteht. Ein Angebot! Keine Rede von Verpflichtung.

Menschen haben Bilder im Kopf, und die aufzubrechen dauert ein bisschen. Das ist uns im Projekt sehr gut gelungen. Wir haben auch Zahlen, auf die wir zurückgreifen können: In Wien gibt es eine Zahl vom Neunerhaus, dass 95 Prozent der Menschen, die mit Housing First in eine Wohnung eingezogen sind, immer noch dort wohnen.

Der Knackpunkt ist, wir sind raus aus dem sozialen Eck, wo einzelne Personen unterstützt werden, und rein in das strukturelle: Wir brauchen leistbares Wohnen. Und die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen sehen sich als dafür zuständig an, leistbares Wohnen anzubieten.

Die Pilotprojekte sind erfolgreich. Aber solange Wohnen so teuer ist, ändert sich nachhaltig wenig.

Dreh- und Angelpunkt ist, dass das Wohnen leistbar sein muss. In dieser Zeit der Teuerung sind viele Wohnungen, und zwar auch die gemeinnützigen, nicht mehr leistbar. Das hängt damit zusammen, dass gemeinnützige Wohnbauvereinigungen bei der Finanzierung von Wohnungen teilweise auf flexible Zinssätze gesetzt haben und die hohen Zinssätze laut Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz jetzt auch weitergeben müssen. Andererseits sind die Energiekosten so gestiegen, dass die Wohnungen unabhängig von der Miete für viele nicht mehr bezahlbar sind. Und die Grundpreise steigen auch schon seit mehr als fünfzehn Jahren. Die Einkommen halten mit der Teuerung nicht mit; insbesondere das unterste Dezil hatte in den letzten Jahren einen Kaufkraftverlust. Die Frage ist also, kriegen wir überhaupt noch genug Wohnungen, die leistbar sind?

Muss man einfach mehr verdienen und höhere Sozialleistungen bekommen, um die hohen Wohnkosten tragen zu können?

Wenn wir die hohen Wohnkosten der Sozialpolitik umhängen, alimentieren wir die Vermieter:innen. Das gleiche Problem haben wir schon bei den Einmalzahlungen, die ausgeschüttet wurden, um die finanziellen Folgen von Corona abzufedern: Sie werden einfach 1:1 an die Vermieterseite weitergegeben. Das kann nicht die Lösung sein. Wohnprobleme müssen in der Wohnpolitik gelöst werden.

Was muss sich in der Wohnpolitik ändern?

Wohnpolitik hat mit Bodenpolitik zu tun. Es muss also geschaut werden, dass die Bodenpreise nicht absurd steigen. Dafür



Alexander Machatschke hat vor 33 Jahren als Zivildienstler begonnen, in der Wohnungslosenhilfe zu arbeiten. Seit 2019 ist der gelernte Sozialarbeiter und KFZ-Mechanikermeister Geschäftsführer der BAWO

gibt es unterschiedliche Methoden: Es gibt für Baugrund die Widmungskategorie sozialer Wohnbau. Damit hat man zumindest die Gewähr, dass die Mieten relativ leistbar sind. Relativ! Für wirklich Armutsbetroffene ist das immer noch schwierig, da käme der kommunale Wohnbau ins Spiel. In dem Bereich zehrt Wien davon, dass vor hundert Jahren viel gebaut wurde – es gibt aber heute viel zu wenig Wohnungen und sie sind teils auch schon zu teuer. Die Frage ist also, wie schaffen wir es, genug kommunalen Wohnbau zu haben, ihn günstig zu halten und auch andere Einstiegshürden abzubauen: Meldezeiten, Staatsbürgerschaften und so weiter. Und es braucht insgesamt ein Umdenken in Österreich, was das Eigentum angeht. Im Gegensatz zu Deutschland haben wir ja keine Sozialpflichtigkeit des Eigentums, und ich erlebe hier einen richtigen Eigentumsfetisch. Der Gedanke ist: Das besitze ich, und damit kann ich machen, was ich will. Das ist

ein sehr problematischer Zugang zu Eigentum, insbesondere wenn man es vermietet und damit Geld verdienen will. Dieser Markt muss stärker reguliert werden.

«Inklusives Wohnen» ist in den Programmen der BAWO ein wichtiger Begriff. Was bedeutet das?

Wir haben das Wort «inklusiv» aus dem Bereich Behindertenhilfe ausgeborgt. Für uns ist Wohnen inklusiv, wenn es nicht an den Rand gedrängt wird. Es ist ein Wohnen in eingestreuten Wohnungen in jeglichem Wohnbau – kommunal, gemeinnützig, privat – mit möglichst guter Anbindung an alles, was man im täglichen Leben braucht: öffentlicher Verkehr, Schule, Kindergarten, Weiterbildung, Universitäten, Bibliotheken, Ärzt:innen und so weiter. Wir brauchen kein Ghetto am Rand, sondern inklusive Wohnungen mittendrin, sodass alle den gleichen guten Zugang zu allen Leistungen haben. ■